

18-Jährige übersieht Auto einer 20-Jährigen

ALTSHAUSEN (sz) - Sachschaden in Höhe von rund 6000 Euro ist bei einem Verkehrsunfall am Montag gegen 13.30 Uhr auf der B 32 entstanden. Das teilt das zuständige Polizeipräsidium in einer Meldung mit. Eine 18-Jährige wollte mit ihrem VW die Bundesstraße von Ravensburg kommend an der Ausfahrt zur L 289 verlassen und übersah dabei den Renault einer entgegenkommenden 20-Jährigen. Bei der Kollision blieben die Insassen beider Fahrzeuge unverletzt.

Autofahrer mit 161 km/h unterwegs

ALTSHAUSEN (sz) - Bei einer Geschwindigkeitsüberwachung am frühen Sonntagabend auf der B 32 zwischen Mendelbeuren und Vorsee hat die Verkehrspolizei mehrere Fahrzeuglenker, die die zulässige Geschwindigkeit von 100 km/h deutlich überschritten haben, gestoppt. Das teilt die Polizei mit. Elf Verkehrsteilnehmer waren zu schnell unterwegs und müssen mit einem Bußgeld rechnen, drei davon sogar mit einem Fahrverbot. Mit gemessenen 161 km/h war der unrühmliche Spitzenreiter unterwegs - ihm drohen neben einem empfindlichen Bußgeld Punkte in Flensburg und ein zweimonatiges Fahrverbot.



Inzidenz im Kreis Ravensburg wieder leicht gesunken

RAVENSBURG (fh/sz) - Die Sieben-Tage-Inzidenz im Landkreis Ravensburg ist am ersten Tag der „Notbremse“ erneut leicht gesunken. Einen Wert von 102,7 meldete das Landesgesundheitsamt am Dienstag. Am Montag hatte der Wert bei 111,8 gelegen, am Sonntag noch bei 114,6. Weil am Wochenende am dritten Tag in

Folge der kritische Wert von 100 überschritten worden war, hatte das Landratsamt Lockerungen wieder zurückgenommen und Kontaktbeschränkungen verschärft (die SZ berichtete ausführlich). Jetzt muss die Inzidenz, die angibt, wie viele von 100 000 Menschen sich im Landkreis pro Woche mit dem Coronavirus infizie-

ren, fünf Tage in Folge unter 100 liegen, damit die Notbremse wieder aufgehoben werden kann. Am Dienstag gab es 31 weitere positive Tests. Im Vergleich zum Vortag wurden die meisten Neuinfektionen in Ravensburg (8) sowie in Leutkirch und Bad Waldsee (jeweils 5) registriert.

GRAFIK: ALEXIS ALBRECHT

Geflügelpest erreicht Ravensburg

RAVENSBURG/REGION (sz) - Die Geflügelpest, landläufig auch Vogelgrippe genannt, ist Mitte März wieder in Baden-Württemberg angekommen. Laut einer Pressemitteilung des Landratsamtes Biberach vom Dienstag ist auch der Hof eines Hobbygeflügelhalters im Kreis Ravensburg betroffen.

Ein Jungghennen-Aufzuchtbetrieb in Nordrhein-Westfalen hatte Hühner an Kleinhalter in ganz Baden-Württemberg ausgeliefert. Dadurch kam es in verschiedenen Landkreisen zu Ausbrüchen der Geflügelpest. Bereits am Freitag sei beim Veterinär- und Verbraucherschutzamt des Landratsamtes Ravensburg die Meldung eines Hobby-Geflügelhalters über sterbende und verendete Hühner eingegangen. Unmittelbare Nachforschungen ergaben laut Pressemitteilung, dass mehrere Privathalter am 19. März Hühner aus einem Verteilzentrum in Bayern bezogen hatten und dort Zusammenhänge mit dem Ausbruch in Nordrhein-Westfalen bestehen. Die amtstierärztlichen Bestandsuntersuchungen hätten in drei betroffenen Ställen den Verdacht auf die hochansteckende Geflügelpest ergeben. Am Samstag seien 30 Hühner aus fünf betroffenen Beständen getötet und unschädlich über die Tierkörperbeseitigung entsorgt worden. Wie das Landratsamt Biberach weiter mitteilt, werden als Restriktionsgebiete nun ein Sperrbezirk mit einem Radius von mindestens drei Kilometern sowie ein Beobachtungsgebiet mit einem Radius von zehn Kilometern um den betroffenen Betrieb eingerichtet.

Volksbank plant Platz der Begegnung

Am Neubau in Altshausen soll das Außengelände mehreren Funktionen dienen

Von Julia Freyda

ALTSHAUSEN - Bei der Gestaltung des Außengeländes will die Volksbank Altshausen auch Teile der angrenzenden Grundstücke einbeziehen. Die Details haben Vorstand Gerhard Weisser und Landschaftsarchitekt Stefan Stüber jüngst im Gemeinderat vorgestellt. Dieser stimmte der Entwurfsplanung zu.

Ziel der Außengestaltung ist es, einen gemeinschaftlich genutzten Platz zwischen Neubau sowie dem Wohn- und Geschäftshaus Hindenburgstraße 27 zu schaffen. Auch Gehwege und die hindurchführende Kreuzgasse sollen einbezogen werden. „Im Kern geht es um einen multifunktionalen Platz mit mehr Aufenthaltsqualität, auf dem sich alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt und rücksichtsvoll begegnen“, sagte Stüber. Auf eine Markierung der Fahrbahn solle zugunsten einer hochwertig gepflasterten Fläche verzichtet werden. Für eine bessere Orientierung seien aber unter anderem die Unterteilung durch andersfarbig gepflasterte Flächen geplant. So sollten etwa Bereiche für Fußgänger und Autofahrer erkennbar bleiben. Der Bereich vor der Bäckerei soll durch fest installierte Stehtische und Sitzbänke aufgewertet werden und ein Platz der Begegnung werden. Zudem soll eine Außengastronomie



Bei der Gestaltung des Außengeländes soll auch der Bereich bis zur Bäckerei und der Interimsfiliale einbezogen werden. FOTO: JULIA FREYDA

möglich sein. Da die Kreuzgasse der Gemeinde gehört, muss die Bank sich mit dieser absprechen. „Es wird eine Vereinbarung erforderlich sein etwa zur Unterhaltspflicht. Ich finde den Gestaltungsentwurf gut und finde es sinnvoll, wenn wir Details abstimmen“, sagte Bürgermeister Patrick Bauser. Von der überplanten

Fläche sind rund 575 Quadratmeter in Gemeindebesitz. Die Volksbank ist bereit, bei der Umgestaltung einen Großteil der Kosten zu übernehmen, wünscht aber eine Beteiligung der Gemeinde.

Der Haupteingang des Bankgebäudes orientiert sich zur Hindenburgstraße hin. Parkplätze sind an

der Ost- und Südseite des Gebäudes geplant, weitere Flächen auf dem benachbarten Grundstück Nummer 27, das ebenfalls im Besitz der Volksbank ist. Für Behinderte gibt es Stellplätze vorm Gebäude, für Kurzzeitparker in der Hindenburgstraße. Der Neubau ist durch die Winterpause leicht in Verzögerung geraten. Die Fertigstellung ist für Januar oder Februar 2022 geplant.

Im Zuge der Umgestaltung des Areals ist auch eine Verlegung des Fußgängerüberwegs in der Hindenburgstraße in der Diskussion. Die vorhandene Ampelquerung stammt noch aus der Zeit vor dem Bau der Umgehungsstraße. Sie könnte etwa durch einen Zebrastreifen ersetzt werden. Über den genauen Standort zeigte sich im Gremium allerdings noch Beratungsbedarf. Zur Debatte steht unter anderem die Verlegung weiter nördlich zur Engstelle bei der Bäckerei. „Das könnte den Verkehrsfluss bremsen“, sagte Hermann Fink (FWV). Einen künftigen Standort kann die Gemeinde ohnehin nicht alleine bestimmen, sondern muss dies unter anderem mit dem Landratsamt bei einer Verkehrsschau erörtern. Die Verlegung zur Engstelle sieht Stüber skeptisch: „Der Bereich wird dadurch unübersichtlicher und Fußgänger könnten später erkannt werden.“

Landkreis Ravensburg führt die Gelbe Tonne ein

Bringsystem für Leichtverpackungen wird zum 1. Januar 2022 abgeschafft

Von Bernd Adler

RAVENSBURG - Während in ganz Deutschland Leichtverpackungen seit jeher im Gelben Sack oder in der Gelben Tonne an der Haustür abgeholt werden, hat im Kreis Ravensburg seit 1993 das sogenannte Bringsystem gegolten. Das wird nun abgeschafft.

Der Kreistag hat am Dienstagabend nach einer langen und teilweise kontroversen Debatte entschieden, vom 1. Januar 2022 an bei den Leichtverpackungen vom Bringsystem (zu Wertstoffhöfen oder anderen Abgabestellen) auf ein Abholsystem (wie beim Restmüll) umzustellen. Mehr als ein Drittel der Kreistatsmitglieder stimmte gegen die neue Regelung.

Gute Argumente hatten beide Seiten in der Diskussion. Der Landkreis hatte eine Änderung des bestehenden Systems und damit die Einführung einer weiteren Mülltonne, die gelben, vorgeschlagen. Denn 2018 hatte ihn der Kreistag beauftragt, in dieser Hinsicht mit dem Dualen System Landbell AG zu verhandeln. Die Argumente sind bekannt: Über das Duale System bezahlen die Bürger im Kreis Ravensburg ohnehin für das Recycling oder die Entsorgung von Plastikmüll, profitieren aber nicht davon, weil sie den Aufwand haben, die sogenannten Raweg-Säcke selbst zu Sammelstellen zu befördern. Das stelle Senioren, Behinderte und Menschen ohne Auto vor Herausforderungen. Nicht zuletzt würden dadurch viele unnötige Fahrten notwendig, verbunden mit dem entsprechenden Schadstoffausstoß. Insgesamt sei das Bringsystem nicht sehr bürgerfreundlich, so die Argumentation.

Doch auch die Gegner einer Änderung hatten eine starke Stimme. Einen Antrag zur Beibehaltung des Status quo hatten fraktionsübergreifend die Fraktionen von Freien Wählern, SPD, ÖDP und Grünen gestellt. Wobei im Laufe der Debatte klar wurde, dass auch innerhalb dieses Bündnisses unterschiedliche Meinungen herrschen, welches System das beste sein könnte. Wer für die Beibehaltung des Bringsystems war, führte folgende Argumente an: Das bisherige System habe sich in knapp 30 Jahren bewährt, es sei preisgünstiger und animiere stärker zur Müllvermeidung und -trennung, als das nach einer Umstellung der Fall sein würde. Nicht zuletzt: Im bisherigen Raweg-Sack lande viel weniger Abfall, der da nicht hingehört, wie in

den Landkreisen, in denen es eine Gelbe Tonne gebe.

Ein Argument diskutierte der Kreistag - ganz abgesehen von den Fragen der Abfallvermeidung und des Umweltschutzes - ebenfalls sehr ausführlich: Schon jetzt haben die Haushalte im Kreis Ravensburg zwei bis drei Mülltonnen vor der Tür, wo soll eine weitere noch hin? Dahingehend konnte Kreisfinanzdezernent Franz Baur, in dessen Bereich die Abfallwirtschaft fällt, immerhin Entwarnung geben. Die Verträge mit dem Dualen System Deutschland lassen zu, dass in Bezirken innerhalb von Kommunen unterschiedliche Abholsystem-Möglichkeiten erlaubt seien. Das heißt: Die Regel wird die Gelbe Tonne mit einem Volumen von 240 Litern, die alle 14 Tage abgeholt wird. Wo weniger Platz ist, sei aber auch der Einsatz einer 120-Liter-Tonne oder des Gelben Sacks möglich. Das müssen künftig die Kommunen festlegen. Dass jeder Haushalt selbst entscheiden kann, welche Lösung er bevorzugt, wie von Kreisrat Siegfried Scharpf gefragt, gebe es nicht.

Ein großes Thema waren auch die Wertstoffhöfe. Weiterhin soll es sie geben und es möglich sein, dort Wertstoffe abgeben zu können. Aber keine Leichtverpackungen mehr, das ist von 2022 an nur noch bei den Deponien in Ravensburg-Gutenfurt und Wangen-Obermoosweiler möglich. Da die Wertstoffhöfe dadurch Einnahmen verlieren, ist derzeit offen, wie sich das künftig auf deren Angebote und Öffnungszeiten auswirkt.

Von vielerlei Seiten waren darüber hinaus im Kreistag Stimmen zu hören, dass unabhängig von Bring- oder Holsystem der Umgang mit Leichtverpackungen in der Bundesrepublik falsch sei. Das Duale System Deutschland habe sich auch nach 30 Jahren nicht bewährt, hieß es. Die Recyclingquote sei nicht nur gering, sondern weiter rückläufig. Die meisten Verpackungen würden verbrannt oder kämen bei einer Wiederverwertung nur noch für eine minderwertige Neuverwendung infrage. Und: Landkreise, die bisher schon die Gelbe Tonne verwenden, berichten, dass zwischen 30 und 50 Prozent des Mülls, der sich in den Plastikbehältnissen findet, dort eigentlich nichts zu suchen hat.

Der Landkreis bindet sich durch die Umstellung auf das neue System vertraglich zunächst auf drei Jahre. Eine Rückkehr zum Bringsystem ist damit aber dauerhaft vom Tisch.

Wilhelmsdorf investiert in Schulsanierung

Gymnasium und Realschule sollen zukunftsfähig werden - Kosten bei 9,35 Millionen Euro

Von Herbert Guth

WILHELMSDORF - Trotz angespannter Finanzlage wird die Gemeinde Wilhelmsdorf mit der Erweiterung und Sanierung des Gymnasiums und der Realschule einen finanziellen Kraftakt angehen. Die Kostenschätzung für dieses Projekt liegt derzeit bei 9,35 Millionen Euro. Je nach Gewährung von Zuschüssen müssen im schlechtesten Fall 3,4 Millionen Euro von der Kommune getragen werden. Ohne weitere Aussprache nahm der Gemeinderat in seiner ersten Sitzung in diesem Jahr die Ausführungen zur weiteren Planung sowie zu den Kosten und zur geplanten Finanzierung der Baumaßnahmen einstimmig zustimmend zur Kenntnis.

Laut den bisher gefassten Beschlüssen sollen beide Schulen des Bildungszentrums zukunftsfähig gemacht werden. Noch in diesem Jahr

soll Baubeginn für einen dreigeschossigen Neubau mit Klassenzimmern und Fachräumen sein, der an das Gymnasium angegliedert wird. Danach werden im bestehenden Gebäude des Gymnasiums Fachräume umgebaut und modernisiert. Diese Räume können dann auch von der Otto-Lilienthal-Realschule mit genutzt werden.

Kämmerer Stephan Gerster führte aus: „Bei Anerkennung aller in der Antragstellung hinterlegten Programmpunkte und unter Berücksichtigung der Zuschüsse für auswärtige Schüler würde die Schulbauförderung für die Gesamtmaßnahme 6,22 Millionen Euro betragen. Dies stellt den Optimalfall dar.“ Ende Dezember 2020 wurde der Gemeinde für einen ersten Bauabschnitt ein Betrag in Höhe von 2,5 Millionen Euro bewilligt. Wie hoch die restliche Förderung endgültig ausfällt, hängt vom

Ergebnis der Prüfungen ab, erklärt das Regierungspräsidium ergänzend.

Zuwendungen aus dem Ausgleichsstock sind ein weiterer wesentlicher Baustein der Finanzierung für die Vorhaben rund um das Bildungszentrum. Entsprechende Anträge im laufenden und im kommenden Jahr wurden und werden gestellt. Beantragt wurden im Januar Investitionshilfen in Höhe von 750 000 Euro. Die Erwartungen schätzt Gerster aber niedriger ein. Die Höhe des Zuschusses hängt unter anderem davon ab, wie hoch die Landesmittel zur Verteilung an die Kommunen ausfallen. Ein Bescheid wird im Juni erwartet. Für den Antrag zu einem zweiten Bauabschnitt im Jahr 2022 ist von einem Zuschuss zwischen maximal 150 000 bis 250 000 Euro auszugehen.

Ausgehend von dieser Ausgangslage beinhaltet die endgültige Finanzierung der Maßnahme „durchaus ein gewisses Risikopotential“, wie sich Gerster ausdrückt. Zum einen gelte es auf der Kostenseite zu hoffen, dass die Ausschreibungen der Bauleistungen keine negativen Überraschungen mit sich bringen werden. In Bezug auf die Schulbauförderung werde die Entscheidung des Landesbetriebs Vermögen und Bau über die Anerkennung der angemeldeten Programmflächen von maßgeblicher Bedeutung sein. Beim Ausgleichsstock wird auf eine wohlwollende Zuschussung gehofft. Zusammenfassend erklärt der Kämmerer: „Insofern wird sich der von der Gemeinde zu schulternde Anteil von Eigenmitteln - Stand heute - in einem Korridor von bestenfalls 2,38 Millionen Euro und schlechtestenfalls von 3,4 Millionen Euro bewegen.“